

Gründung

Am Anfang war geerbtes Geld

1986 wurde ein Berliner Pharma-Unternehmen an einen amerikanischen Konzern verkauft und der Erlös davon an vier Erben verteilt. Einer davon – Ulf Mann – wollte diese vielen Millionen nicht für sich alleine behalten, sondern gemeinsam mit anderen umverteilen. Als der Verkauf anstand, hatte er einige Freunde um sich gesammelt, die zunächst mit dem Betriebsrat der Firma Kontakt aufnahmen, um zu klären, ob die Belegschaft mit dem Verkauf einverstanden war, und wenn ja, dafür zu sorgen, dass deren Arbeitsplätze für eine gewisse Zeit erhalten blieben. Der Betriebsrat votierte für den Konzern, gegen Familienbesitz, also kam es tatsächlich zum Verkauf und das Vermögen war unvorstellbar real: 30 Millionen DM und zwei Immobilien (eine Villa in Zehlendorf und ein Mietshaus in Kreuzberg).

Konsens der kleinen Gruppe war, dass das Geld für den Kampf gegen Ausbeutung, Unterdrückung, Diskriminierung und Armut eingesetzt werden sollte. Also damit auch gegen das kapitalistische System, das dieses Erbe möglich gemacht hatte.

Wie das jedoch geschehen sollte, war Gegenstand monatelanger Diskussionen. Sollte alles Geld auf einmal ausgegeben werden? Sollte es in eine Sache/ein Projekt gesteckt werden und wenn ja, in welche/s? Sollte es in die politische Arbeit hier einfließen oder in die Dritte Welt (so sagten wir damals) transferiert werden? Wie sollte über die Geldvergabe entschieden werden und von wem?

Schließlich beschlossen wir, das Geld anzulegen und nur die Erträge auszugeben, uns also auf etwas sehr Langfristiges einzulassen. Wir waren uns darüber im Klaren, dass wir mit dem Kassieren von Zinsen für unser Kapital uns auf eine Ebene begaben, die uns politisch gegen den Strich ging. Doch Ende der achtziger Jahre gab es genügend Projekte und Kollektive, die lieber bei uns ein Darlehen aufnahmen, als bei einer Bank, die lieber an uns Miete oder Pacht bezahlten als an private Eigentümer, weil sie auf diese Weise mit ihrem Geld unsere Arbeit möglich machen konnten.

Ähnlich paradox war die Entscheidung, eine Stiftung zu gründen. Da Geld immer Begehrlichkeiten weckt, wollten wir eine Form wählen, die verhindert, die Erträge auf eine prinzipiell andere als geplante Weise

auszugeben, und die jedwede private Aneignung ausschließt. Die Erträge müssen nicht versteuert werden, wenn der Stiftungszweck als gemeinnützig anerkannt ist. Eine Stiftung unterliegt staatlicher Aufsicht und muss sich an die vom Stifter gegebene Satzung halten. Deshalb haben wir sehr genau und ausführlich über Arbeitsweisen und Strukturen der Stiftung diskutiert, bevor wir sie in der Satzung festschrieben.

Aufbau von Gruppenstrukturen

So wie die Stiftung von einer Gruppe geplant wurde, so sollten auch innerhalb der Stiftung Gruppen über Geldanlage und Geldvergabe entscheiden, und zwar möglichst eigenständig. Die GründerInnen bildeten den Vorstand, der sich mit der Stiftungsverwaltung und der Geldanlage befassen sollte. Zudem wählte jedes Mitglied dieses Vorstands einen Bereich für die Geldvergabe, in dem es sich engagieren wollte, suchte sich entsprechende Leute dazu und bildete mit ihnen eine eigenständige Arbeitsgruppe. Diese Arbeitsgruppen wiederum wählten Vertreter in einen Stiftungsrat, der die Verteilung der vom Vorstand bereitgestellten Beträge vornehmen sollte.

Geldanlage

Wir entwickelten Kriterien für die Vergabe von Darlehen. Oberster Grundsatz war die Wirtschaftlichkeit der Projekte. Denn mit unserem Geld wollten wir die Projekte nicht unterstützen, sondern ihnen die Möglichkeit geben, Zinsen an uns statt an eine Bank oder andere private Verwerter zu zahlen. Das bedeutete und bedeutet immer noch, dass wir im Falle der Nichterfüllung unserer Forderungen unser Recht geltend machen. Denn wir haben uns verpflichtet, das Vermögen der Stiftung zu wahren und nur die Erträge zu verteilen.

In den ersten Jahren gab es genügend Gruppen, die sich von uns Geld liehen bzw. für die wir ein Grundstück mit einer Immobilie kauften, um es ihnen dann in Erbpacht zu überlassen, was gleichzeitig auch bedeutete, es der Möglichkeit privater Aneignung zu entziehen. In der Regel bezahlten und bezahlen die meisten pünktlich und regelmäßig.

Geld in Sozial- oder Kulturprojekte zu investieren, hat sich als problematisch erwiesen. Es gibt Fälle, in denen die Projekte pleite gegangen sind, wir Verluste gemacht haben oder eine Zwangsversteigerung durchführen mussten. Dem ging oft ein sehr unangenehmer Prozess voraus – die Leute wollten und wollen nicht wahrhaben, dass unsere Stiftung ihr Anlagevermögen nicht verteilen kann und nicht verteilen will. In einem einzigen Fall gab es eine Mischung von Anlage und Förderung. Wir haben ein Haus gekauft und

an eine Gruppe verpachtet, die dort weibliche Flüchtlinge unterbrachten (Villa Courage). Gleichzeitig wurde das Projekt aus den Mitteln der Arbeitsgruppen gefördert. Doch das hat leider nichts geholfen, das Projekt konnte sich nicht tragen, fand nicht genügend Unterstützung im Umfeld, das Haus musste verkauft werden.

Von den beiden Immobilien, die der Stifter eingebracht hat, besitzen wir noch das Kreuzberger Miets- haus, das wir nach und nach modernisiert haben. Die Villa in Zehlendorf war jahrelang an ein Projekt für drogenabhängige Jugendliche verpachtet, das aber ausziehen musste, weil der Senat die durch notwendige Instandhaltungen verteuerte Pacht nicht mehr übernahm. Das Haus wurde 2007 verkauft.

In den letzten Jahren sind kollektive Strukturen seltener geworden, es gab nicht mehr viele Projekte, die von uns Geld haben wollten. Daher waren wir gezwungen, unser Geld vermehrt in Wertpapieren anzulegen, es also in den allgemeinen Kreislauf des Finanzkapitals einzubringen. Dem sind immer sehr mühsame Diskussionen vorangegangen – wir wollten möglichst hohe Erträge erhalten, aber gleichzeitig möglichst »ethisch« investieren und kein großes Risiko eingehen. Ein schier unmöglicher Balanceakt, in dem wir sicher nicht immer die richtigen Entscheidungen getroffen haben. Allerdings sind wir bis jetzt vor wirklich bösen Überraschungen bewahrt geblieben.

Geldvergabe

Die Arbeitsgruppen (anfangs fünf bzw. vier) spiegelten in gewisser Weise das Spektrum der linken Bewegung der achtziger Jahre:

- › Aus der Solidarität mit der Revolution in Nikaragua und anderen Befreiungsbewegungen in Lateinamerika entstand die *Arbeitsgruppe Lateinamerika*.
- › Aus der Solidarität mit der Anti-Apartheid-Bewegung und anderen Befreiungsbewegungen im Süden Afrikas entstand die *Arbeitsgruppe Afrika*.
- › Aus dem Bedürfnis, diese (und andere) Bewegungen der damals sogenannten Dritten Welt hier bei uns politisch zu unterstützen sowie den Zusammenhang von Reichtum hier und Armut dort aufzuzeigen, entstand der »Feuerwehrfonds«, aus dem später die *Arbeitsgruppe dritte Welt – Hier!* wurde.
- › Aus dem Bedürfnis, das Zusammenleben von Einheimischen und Zugewanderten zu verbessern, organisierten engagierte Eltern einer Kreuzberger Gesamtschule (40 % der SchülerInnen stammten aus der Türkei) gemeinsame Reisen in die Türkei. Aus diesem Kreis bildete sich die *Arbeitsgruppe Er-Fahren*.

› Von Mitgliedern kollektiver Betriebe kam die Idee, mit Stiftungsgeldern alternative Betriebs- und Produktionsstrukturen zu entwickeln und zu unterstützen. So entstand die *Arbeitsgruppe Belegschaftsbetriebe*, die sich aber nach einem halben Jahr auflöste. Diese Art der Geldvergabe wäre mit den Anforderungen der Gemeinnützigkeit nicht zu vereinbaren gewesen.

› Kurz nach Gründung der Stiftung wurden auf Initiative von Stiftungsmitgliedern die *Arbeitsgruppe Asien* und die *Arbeitsgruppe Frauen* gegründet (beide 1988).

Die politischen Veränderungen, die wenige Jahre nach Gründung der Stiftung einsetzten, also der Wegfall der Blöcke, der Fall des südafrikanischen Apartheid-Systems, der verstärkte Neoliberalismus, die zunehmende Ausgrenzung der EinwanderInnen, die Öffnung der Mauer wirkten sich auch auf die Arbeitsgruppen aus, die umdenken und sich neu orientieren mussten.

Mehrere Jahre lang gab es Forderungen nach Gründung einer *AG Osteuropa* und einer *AG Nahost*. Aber letztlich wurde entschieden, es bei sechs Arbeitsgruppen zu belassen, da sonst jede Gruppe so wenig Geld zur Verfügung hätte, dass der Aufwand sich nicht mehr lohnen würde.

Arbeitsgruppenübergreifende Projekte

In den ersten Jahren nach der Stiftungsgründung bewegte sich viel. Für viele, die sich in der Stiftung engagierten, ergab sich zum ersten Mal die Möglichkeit, Projekte durchführen zu können, die sie ohne Stiftungsgelder nie hätten machen können. So beschränkten wir uns nicht nur darauf, Anträge anderer zu bearbeiten, sondern wurden selbst initiativ.

In den ersten fünf Jahren wurden drei Großprojekte gestartet, die von allen Arbeitsgruppen finanziert und von jeweils einer betreut wurden:

› *Kurdistan Press* (1987-1989): Eine zweiwöchig im Stockholmer Exil erscheinende überparteiliche Kultur-Zeitschrift auf kurdisch und türkisch, unterstützt vom schwedischen Kulturministerium (*AG dritte Welt – Hier!*) 150 000 Euro

› *Niembraum* (1987-1995): Unterstützung einer Kooperative in Nicaragua, die ökologischen Pflanzenschutz entwickelte (*AG Lateinamerika*) 585 888 Euro

› *Begegnungsstätte* (ab 1988 geplant, seit 2004 in Betrieb): Afacan, ein Ort für interkulturelle Begegnungen junger Menschen in der Türkei (*AG Er-Fahren*) 1 022 000 Euro

Außerdem wurden zu besonderen politischen Anlässen ad-hoc Gruppen eingerichtet, die einen eigenen Etat bekamen. Sie bestanden aus Mitgliedern verschiedener AGs, die für bestimmte, mit unserem Stiftungszweck zu vereinbarende Aktionen schnell und unbürokratisch Geldmittel zur Verfügung stellten:

› 1988 *ad-hoc Gruppe IWF* gegründet aus Anlass der Sitzung des Internationalen Währungsfonds in Berlin, Ausgaben: 25 000 Euro

› 1991 *Sonderfonds Golfkrieg* verwaltet von *AG dritte Welt – Hier!* und *AG Er-Fahren*, Ausgaben: etwas mehr als 120 000 Euro

› 1992-1996 *ad-hoc Gruppe Anti-Rassismus* gegründet aus Anlass der Brandanschläge in Rostock-Lichtenhagen und Mölln, Ausgaben: insgesamt ca. 300 000 Euro

> 2003 *ad-hoc Gruppe Anti-Irakkrieg* gegründet aus Anlass des Irak-Krieges 2003, Ausgaben: 10 000 Euro

› 2007 *ad-hoc Gruppe G8* gegründet aus Anlass des G8 Treffens in Heiligendamm, Ausgaben: 28 000 Euro

Verteilung der Gelder an die Arbeitsgruppen (Stiftungsrat)

Die Autonomie der Arbeitsgruppen bei der Geldvergabe war uns wichtig. Trotzdem sollten die AGs untereinander vernetzt sein, sollten sich untereinander austauschen, sich unterstützen, sich kritisieren, sich einer Außensicht aussetzen. Und sie sollten gemeinsam entscheiden, wie das Geld auf die Gruppen verteilt wird, welche Schwerpunkte gesetzt werden sollten. Dazu wurde das Gremium Stiftungsrat geschaffen, in dem jede Arbeitsgruppe vertreten ist. Der Vorstand weist die zu vergebenden Mittel dem Stiftungsrat zu, der sie wiederum an die einzelnen AGs verteilt.

Leider hat die Vernetzung der Arbeitsgruppen nicht ganz so geklappt, wie wir uns das vorgestellt hatten – sicher auch ein strukturelles Problem der Stiftung, das wir damals nicht gesehen haben. Der Stiftungsrat hat zwar anfangs Schwerpunkte gesetzt (Großprojekte, ad-hoc Gruppen), aber eine kritische Auseinandersetzung über die Arbeit der AGs wurde kaum geführt – die Gruppen waren sehr unterschiedlich und hatten genug mit sich selbst zu tun. Die bereitgestellten Mittel wurden so gut wie immer einfach durch die Zahl der Arbeitsgruppen geteilt. Da aber nicht alle Gruppen immer einen gleich hohen Bedarf hatten, wurden in manchen AGs über Jahre große Summen von einem Haushaltsjahr ins nächste transferiert, während andere einen höheren Bedarf hatten. Das wurde im Jahr 2003 geändert. Seitdem geben die Arbeitsgruppen gegen Ende des Jahres nicht verbrauchte oder nicht verplante Gelder in den Topf zurück, der im nächsten Jahr zur Verteilung ansteht.

Unbezahlte und bezahlte Arbeit

Von Anfang an betrachteten wir die Arbeit in der Stiftung als eine politische Tätigkeit, für die niemand bezahlt werden sollte. Die Entscheidungsfindung sollte so unabhängig wie möglich sein, wir wollten engagierte Menschen, aber keine Funktionäre. Vor allem wollten wir den Verwaltungsaufwand gering halten, damit wir mehr Geld für die Förderetats hatten. Allerdings – so richtig im Klaren, was eine Stiftung mit so viel Geld für einen Arbeitsaufwand bedeutet, wie komplex die Tätigkeitsfelder sind, waren wir uns zunächst nicht.

Für die Verwaltung der Stiftung suchten wir zwei Bürokräfte, deren Lohn sich nach dem der Chemie-facharbeiterInnen richten sollte – die hatten schließlich die Millionen erarbeitet, die wir umverteilen wollten. Die damals eingestellten »Bürokräfte« arbeiten immer noch für die Stiftung. Uschi Zöller ist für alles zuständig, was mit der Vorstandsarbeit zu tun hat, also Geldanlage, Verwaltung der Darlehen, der Immobilien, Erstellung des Wirtschaftsplanes. Torsten Damerau betreut die Arbeitsgruppen, die Auszahlung der Gelder, die Abwicklung der geförderten Projekte sowie den Stiftungsrat. In den ersten Jahren absolvierten beide parallel zur Arbeit in der Stiftung ein Wirtschaftsstudium und schlossen dies mit einem Diplom ab, was der Stiftung sehr zu Gute kam, sich aber nicht in der Bezahlung niederschlug. Daher haben wir im Jahr 2005 die Satzung geändert (mit Zustimmung der Stiftungsaufsicht): Jetzt orientiert sich die Entlohnung am Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes, zudem gibt es eine angemessene Altersversorgung.

Büro

Zunächst richteten wir ein Büro in Berlin-Kreuzberg ein, waren Untermieter bei *Stattwerke*, einer Beratungseinrichtung für kooperative und soziale Unternehmen aus dem Umfeld der Alternativ-Bewegung, die auch uns berieten. Da die Miete immer höher wurde und wir mehr Platz brauchten, kauften wir 2001 eine Fabriketage in Berlin-Schöneberg und ließen sie ausbauen. Jetzt haben wir einen größeren Versammlungsraum, eine Unterkunft für Gäste, zwei Büros und Platz für die vielen Akten. Die andere Hälfte der Etage haben wir an *Stattwerke* vermietet. Inzwischen hat dort auch *terre des femmes* Büroräume.

Beratung

Von Anfang an haben wir für alle Fragen, die wir nicht aus eigener Sachkenntnis klären konnten (Steuer, Recht, Geldanlage), SpezialistInnen herangezogen, die für ihren Arbeitsaufwand bezahlt werden.

Der Stifter

Ulf Mann hat sein gesamtes Vermögen in die Stiftung eingebracht. Die Gründungsgruppe hat in der Satzung festgelegt, dass er Anspruch auf Versorgung hat (BAT 1a). Bislang hat er die allerdings nicht für sich privat abgerufen. Der Stifter war an der Gründung der Stiftung beteiligt und auch Mitglied des ersten Vorstands (als Vertreter von zwei Arbeitsgruppen), trat aber nach einem halben Jahr zurück. Bis 1996 blieb er Mitglied in der Afrika AG, danach zog er sich vollständig aus der Stiftung zurück. Er ist allerdings nach wie vor mit der Stiftung verbunden, unter anderem auch, weil er immer noch in dem Mietshaus wohnt, das er in die Stiftung eingebracht hat.

Fazit

Unsere Stiftung besteht jetzt seit über zwanzig Jahren. Von den GründerInnen arbeiten noch zwei im Vorstand mit. Es gibt viele Mitglieder, die fast genauso lange dabei sind. Im Vorstand hat es selten Wechsel gegeben, im Stiftungsrat etwas häufiger. Deutlich ist, dass wir alle älter geworden sind, manche sind schon im Rentenalter. Doch in allen Arbeitsgruppen sind immer wieder jüngere Leute dazugekommen. Die Kontinuität kann man als Indiz betrachten, dass sich die Struktur der Stiftung bewährt hat. Tatsächlich hat es keine großen Konflikte oder Erschütterungen gegeben, sogar die beiden bezahlten Bürokräfte – Uschi Zöllner und Torsten Damerau – sind nach mehr als zwanzig Jahren noch immer für die Stiftung tätig.

Andererseits müssen wir erkennen, dass eben diese Struktur eine gewisse Schwerfälligkeit mit sich bringt. Gruppen entscheiden langsamer als Individuen, auf viele Schultern verteilte Arbeit fällt auch gerne mal daneben und wird nicht erledigt. Die meisten Mitglieder der Stiftung sind berufstätig oder noch anderweitig engagiert, so dass für die Stiftungsarbeit nicht immer so viel Zeit bleibt wie nötig wäre. Mit dem Problem haben Vorstand, Stiftungsrat sowie die Arbeitsgruppen zu kämpfen.

Da alle Arbeitsgruppen autonom sind, sich unabhängig voneinander treffen, diskutieren und entscheiden, kennen sich die Mitglieder der Stiftung meist nur, wenn sie sich in den »Stiftungsorganen« (Vorstand und Stiftungsrat) begegnen. Die AGs wissen nicht besonders viel übereinander. Über viele Jahre lang haben wir versucht, über Feste oder gemeinsame Diskussionen für einen stärkeren Austausch zu sorgen, aber mit mäßigem Erfolg. Nach wie vor ist der Zusammenhalt eher locker, identifizieren sich die Einzelnen eher mit ihrer Arbeitsgruppe als mit der gesamten Stiftung.

Nur im Vorstand treffen sich Mitglieder der sechs Arbeitsgruppen regelmäßig. Da sie kontinuierlich miteinander arbeiten und regelmäßig Entscheidungen treffen müssen, kennen sie sich besser und haben ein gemeinsames Gespräch. Dennoch erweist es sich mitunter als schwierig, dies dem Rest der Stiftung nahe zu bringen. Was auch daran liegt, dass die Materie komplex und schwierig ist und die AGs genug mit sich selber zu tun haben.

Immerhin hat das Internet mit der Möglichkeit, sich per Email schnell und umfassend zu informieren und auszutauschen, eine deutliche Verbesserung der Kommunikation bewirkt und zu einer gewissen Arbeitsentlastung geführt.

Uschi Zöllner und Torsten Damerau aus unserem Büro leisten einen wesentlichen Beitrag zum Zusammenhalt der Stiftung. Sie sind wirklich über alle Vorgänge (zumindest in ihrem Bereich) informiert und können diese Informationen vermitteln.

Unsere Stiftung ist flexibel und wenig bürokratisch. Wir verwenden einen verhältnismäßig kleinen Teil unserer Erträge für die Erwirtschaftung derselben beziehungsweise für den Erhalt der Stiftung und für die Verteilung von Fördermitteln. Mit dem Geld der Stiftung (das andere erwirtschaften), mit unserer Zeit und unserer Arbeit wollen wir auch weiterhin Menschen unterstützen, die sich wie wir nicht mit den gegebenen Verhältnissen abfinden, die sich wie wir für eine, solidarische Welt einsetzen.

Berlin-Schöneberg, im März 2009